

## **Tausende protestieren in Freiburg: Migrationspolitik in der Kritik!**

Über 10.000 Menschen protestierten in Freiburg gegen die neue Migrationspolitik der Union, die mit AfD Unterstützung erhielt.

**Platz der Alten Synagoge, Freiburg, Deutschland** - Mehr als 10.000 Menschen protestierten in Freiburg gegen die Migrationspolitik der Union. Die Polizei schätzte die Teilnehmerzahl sogar auf bis zu 11.000. Unter dem Motto „Brandmauer verteidigen“ versammelten sich die Demonstranten am Platz der Alten Synagoge in der Altstadt. Laut Polizeisprecher verlief die Veranstaltung friedlich. Auch in Berlin und weiteren deutschen Städten fanden ähnliche Proteste statt. Der Unmut der Demonstrierenden richtete sich vor allem gegen die Abstimmung im Bundestag, bei der die Union in Zusammenarbeit mit AfD und FDP einen Fünf-Punkte-Plan zur Verschärfung der Migrationspolitik durchgesetzt hatte.

In dieser Abstimmung erzielte die AfD erstmals im Plenum eine Mehrheit. Am kommenden Freitag steht das Parlament vor einer weiteren Abstimmung über einen Gesetzentwurf der Union, der Regelungen zur Eindämmung der Migration vorsieht.

### **Fünf-Punkte-Plan der Union**

Der von der Union initiierte Fünf-Punkte-Plan beinhaltet Maßnahmen wie dauerhafte Grenzkontrollen zu allen Nachbarländern und die ausnahmslose Zurückweisung illegaler Einreisen, selbst für Personen mit Schutzanspruch. Diese Anträge erhielten breite Unterstützung, insbesondere von der

AfD, was die politische Debatte weiter anheizte. Auch die Forderung nach signifikant mehr Abschiebungen sowie die sofortige Inhaftierung von ausreisepflichtigen Personen sind Teil dieses Plans.

- Dauerhafte Grenzkontrollen
- Ausnahmslose Zurückweisung illegaler Einreisen
- Sofortige Inhaftierung ausreisepflichtiger Personen
- Deutlich mehr Abschiebungen
- Stärkere Unterstützung des Bundes beim Vollzug der Ausreisepflicht

Der Antrag ist rechtlich nicht bindend, könnte jedoch die Wahlen stark beeinflussen. Die Auswirkungen auf die Wählerstimmen für die Union und die AfD sind dabei ungewiss. Während einige Politiker eine Obergrenze für Asylanträge diskutieren, lehnt Bundesinnenministerin Nancy Faeser einen grundlegenden Kurswechsel in der Migrationspolitik ab. Sie betont die Notwendigkeit, die Schleuserkriminalität zu bekämpfen und spricht sich gegen stationäre Grenzkontrollen aus, auch wenn sie diese theoretisch für denkbar hält.

## **Aktuelle Herausforderungen in der Migrationspolitik**

Die Debatten zur Migrationspolitik in Deutschland haben zugenommen. In den ersten acht Monaten des Jahres 2023 stellten bereits 204.461 Menschen einen Asylantrag. Im Jahr 2022 waren es insgesamt 217.774 Erstanträge. Die Anwerbung und Taschereien von über einer Million ukrainischen Kriegsflüchtlingen seit Beginn des Ukraine-Kriegs haben die Situation zusätzlich kompliziert. Überfüllte Unterkünfte und Engpässe bei der Gesundheitsversorgung sind die Folgen des steigenden Zustroms von Asylbewerbern.

Die Debatte um einen besseren Umgang mit geflüchteten Menschen ist unter den politischen Akteuren viel diskutiert. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder verlangte eine

„Integrationsgrenze“ von 200.000 Geflüchteten pro Jahr, während CDU-Chef Friedrich Merz einen härteren Kurs forderte. In der letzten Sitzung des Bundestages wird die Frage, ob Familiennachzüge zu Ausländern mit eingeschränktem Schutzstatus künftig verboten werden, von zentraler Bedeutung sein.

Die politische Landschaft könnte sich durch diese Entwicklungen verändern, was auch eine Zersplitterung des Parlaments oder mögliche Minderheitsregierungen zur Folge haben könnte. Die Diskussion um migrationspolitische Maßnahmen setzt sich fort, und eine klare Strategie bleibt abzuwarten.

Für einen vertieften Überblick zu diesen Themen können interessierte Leser die Artikel von [zvw.de](http://www.zvw.de), [deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de) und [tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) besuchen.

Details	
<b>Vorfall</b>	Protest
<b>Ort</b>	Platz der Alten Synagoge, Freiburg, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.zvw.de">www.zvw.de</a></li><li>• <a href="http://www.deutschlandfunk.de">www.deutschlandfunk.de</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**